

Prof. Dr. Paul Nolte

Freie Universität Berlin

**Politische Verantwortung in einer
individualisierten Gesellschaft**

Vortrag in Wien, Palais Epstein, Parlament, 8. April 2014,
anlässlich der Buchpräsentation „POLITIKNAVI. Wegweiser durch die
österreichische Politik“

Rosam Change Communications

Prof. Dr. Paul Nolte
Freie Universität Berlin
paul.nolte@fu-berlin.de

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

„Politische Verantwortung in einer individualisierten Gesellschaft“ – na und, mögen Sie fragen, wo ist das Problem? Die Wendung von der „individualisierten Gesellschaft“ benutzen wir, in der Öffentlichkeit nicht anders als in den Sozialwissenschaften, formelhaft und ohne noch viel darüber nachzudenken. Fast könnte man sie als synonym zur ganz allgemeinen Rede von der „modernen Gesellschaft“ sehen. Eine klassische Antwort der liberalen Moderne würde lauten: Als Individuen sind Menschen frei von Bindungen und Zwängen, sind emanzipiert und damit frei, politisch zu handeln, ihre Interessen zu verfolgen und Verantwortung zu übernehmen. Wunderbar, der Vortrag ist zu Ende, auf zum Buffet!

Doch die Stimmungslagen und mit ihnen die Begriffe haben sich verschoben, und vielleicht haben Sie den Titel des Vortrags ja bereits in diesem Sinne gelesen: politische Verantwortung ausgerechnet im Zeitalter der Individualisierung? Wie soll das zusammenpassen? Denn mit der individualisierten Gesellschaft assoziieren wir weniger als früher etwas Positives wie die Befreiung von Menschen aus Bindungen und aus Kollektiven, die sie gefesselt und in ihren Entwicklungschancen gehemmt haben. Häufiger klingt jetzt Skepsis, zumindest eine tiefe Ambivalenz über die Folgen dieser Individualisierung mit, so etwas wie ein „Schön und gut, *aber* ...“. Das ist nicht zuletzt dann der Fall, wenn es – so wie hier – um die Folgen für politische Organisation und politisches Engagement, um den Zusammenhang von Individualisierung und Demokratie geht. Die Individualisierung hat traditionelle Zusammenhänge gelockert, wenn nicht gar zerstört, in denen politische Vergemeinschaftung früher stattfinden konnte. Sie hat Interessen, die früher kollektiv artikuliert wurden – durch organisierte „Interessengruppen“ – aufgefächert und für die politische Bearbeitung diffuser gemacht. Vielleicht hat sie sogar politisches Interesse überhaupt verflüchtigen lassen, in einer Vielzahl von anderen Optionen der Lebensführung, die den Menschen außerhalb von Verein und Partei und Politik zur Verfügung stehen.

Was ist denn mit der individualisierten Gesellschaft gemeint? Tatsächlich verbergen sich dahinter unterschiedliche Phänomene mit unterschiedlichen

Konsequenzen für politisches Engagement und Verantwortung. Menschen werden nicht mehr in Kollektive hineingeboren und sind in ihnen nicht mehr lebenslang gebunden. Sie gewinnen Autonomie und Gestaltungsfreiheit, als Chance ebenso wie als Risiko. Der Weg ist nicht mehr vorgezeichnet: vom Arbeitersohn in das sozialdemokratische Milieu des Elternhauses; vom katholischen Elternhaus in eine konfessionelle und konservative Lebensführung hinein, mit der Mitgliedschaft in entsprechenden Vereinen und vielleicht auch der „entsprechenden“ politischen Partei. Die „Milieus“ oder „Versäulungen“, die in diesem Sinne die Nachkriegsgesellschaften in Deutschland und Österreich, auch in anderen europäischen Ländern kennzeichneten, haben sich seit den 1970er-Jahren aufgelöst, und gerade in den großen Städten finden wir nur noch Reste davon. Individualisierung heißt auch: Auflösung einer patriarchalischen Gesellschaftsstruktur, die um die klassische, durch den berufstätigen Ernährer-Vater geprägte Kleinfamilie herum organisiert war. In diesem Sinne ist eine ganze Hälfte der Bevölkerung, sind die Frauen zu den großen Gewinnerinnen der Individualisierung geworden.

Zugleich haben sich die ökonomischen Fundamente verschoben. In der alten Industriegesellschaft, erst recht in der ländlichen Gesellschaft bestimmte der Beruf, die eigene Position in der Produktionssphäre, maßgeblich alle anderen Aspekte der Lebensführung mit, bis weit in den Bereich von Familie, Freizeit und Privatleben hinein. In der neuen, postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft definieren sich Menschen viel mehr über ihren Lebensstil in Freizeit und Konsum statt über Arbeit und Produktion und versuchen, darin Individualität zu gewinnen. Dies umso mehr, als es schwieriger geworden ist, lebenslange Sicherheit im Beruf zu finden. Wo ich in die Lehre gegangen bin, da werde ich auch in Pension gehen: Das stimmte auch früher längst nicht immer, aber häufiger als heute im Zeitalter der fragmentierten Lebensläufe, der „Bastelbiografien“, an deren Gelingen jede/r für sich selber strickt. Kann da noch Verbindlichkeit, können da noch gemeinsame Schnittmengen für die Verfolgung politischer Interessen entstehen? Begünstigt die Individualisierung nicht einen Rückzug aus der Verantwortung, den Lebensstil eines unpolitischen Hedonismus?

Sie ahnen schon: Die Antworten auf diese Fragen sind nicht so eindeutig, wie wir es manchmal gerne hätten. Aber es ist schon richtig: Im „vorindividualistischen Zeitalter“ waren die Koordinaten des politischen Engagements in vieler Hinsicht klarer gesetzt als heute. Das gilt für das deutschsprachige Mitteleuropa sogar erst recht, weil sich moderne Gesellschaft und moderne Politik hier im industriellen Zeitalter, vom späten 19. Jahrhundert bis ins mittlere und späte 20. Jahrhundert, besonders gerne und stabil organisierten: in formal konstituierten Verbänden, in Vereinen, in Gewerkschaften und in politischen Parteien, denen man in der Regel sein Leben lang angehörte. Der Korporatismus Deutschlands und Österreichs hatte gegenüber einer Kultur der freiwilligen und eher informellen Assoziation, wie sie besonders in Amerika schon im 19. Jahrhundert viel stärker ausgeprägt war, gewiss Nachteile und historische Kosten. Er organisierte die Gesellschaft klar und dauerhaft und wies Menschen je nach beruflicher oder konfessioneller, nach regionaler oder ideologischer Position bestimmte politische Standpunkte zu, fast schon wie in einer Ständegesellschaft. Aber für das Zeitalter der klassischen Parteiendemokratie erwies sich das, besonders in den Nachkriegsjahrzehnten, als ein großer Vorteil. So haben die Deutschen und die Österreicherinnen und Österreicher nach 1945 die Demokratie gelernt und schätzen gelernt, und vielleicht fällt es ihnen auch deshalb heute nicht leicht, sich von diesem Modell zu verabschieden.

Der „vorindividualistischen“, der korporatistischen Phase der Moderne entsprach übrigens nicht nur eine hochorganisierte Gesellschaft, sondern auch ein entsprechend hoher Grad der Ideologisierung, die in den sozialen Milieus fest verwurzelt war: Proletarische Lebenserfahrung führte nahezu selbstverständlich nicht nur in sozialdemokratische Organisation, sondern auch in felsenfeste sozialistische Überzeugung hinein. Den großen organisierten Blöcken entsprachen also kulturell-ideologische Blockbildungen, die sich in deutlicher Abgrenzung und nicht selten in gegenseitiger Verachtung gegenüberstanden. Das individualistische Zeitalter aber ist auch ein postideologisches. Man ist in eine politische Überzeugung nicht mehr hineingeboren, und viele der Jüngeren versuchen, sich einer Festlegung bewusst zu entziehen: Natürlich ist man liberal, und sozial sowieso, und warum nicht ein bisschen konservativ, und natürlich grün, nicht zu vergessen

– ganz wie es beliebt. „Wir sind doch alle grüne LiKoSoden“, so drückte das kürzlich einmal ein Kollege von mir aus. Das klingt gut und ist es oft auch, denn dem Zeitalter der festgefügt, geradezu glaubensgewissen Ideologien, mit deren Hilfe sich von dem einen Ausgangspunkt die Position zu nahezu jeder beliebigen politischen Einzelfrage ableiten ließ, müssen wir nicht nachtrauern. Aber in die dadurch entstandenen Freiräume ist nicht nur ein begrüßenswerter politischer Pragmatismus eingezogen, sondern nicht selten auch ein neuer Populismus mit seinen verführerischen Versprechungen für die politisch Heimatlosen.

Bei näherem Hinsehen hat die Individualisierung mit ihren vielfältigen, vorhin nur ganz knapp angedeuteten Facetten ebenso facettenreiche Konsequenzen für das politische Interesse und das politische Engagement gezeitigt. Auf der einen Seite sind viele Selbstverständlichkeiten verloren gegangen, auf die sich die Nachkriegsdemokratien stützen konnten. Das organisatorische Grundgerüst der alten politischen Gesellschaft erodiert; die Mitgliedschaft in politischen Parteien ist für Jüngere viel weniger attraktiv. Die klassische Demokratie konnte von dem traditionellen Wertesystem profitieren, das sich im Zeitalter des postmateriellen „Wertewandels“ weithin aufgelöst hat. Wer würde es heute noch als seine/ihre „Pflicht“ empfinden, sich politisch zu engagieren oder Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen? Pflichterfüllung ist uns verdächtig geworden. Und warum sollte man an einem politischen Bildungsabend oder an einer Gemeinderatssitzung teilnehmen, wenn man auch mit Freunden ausgehen oder für den nächsten Marathonlauf trainieren könnte? Machen wir uns nichts vor: Soweit wir eine Entpolitisierung registrieren können und soweit sie sich mit den Verlockungen von Freizeit und Konsum in Verbindung bringen lässt, ist das nicht zuletzt ein Spiegelbild unseres gewachsenen Wohlstandes, unserer materiellen Sättigung und auch, trotz aller Risiken und Umbauten der letzten Zeit, der wohlfahrtsstaatlichen Sicherheit, die wir genießen dürfen. Die wirklich existenziellen Fragen sind oft weit entfernt oder, wie die Zukunft von Klima, Umwelt und Energie, schwer zu greifen, schwerer jedenfalls als der Kampf für den Achtstundentag oder der Streit um Monarchie, Republik oder Diktatur als richtige Staatsform vor etwa einhundert Jahren.

Aber das ist nur die eine Seite. Auf der anderen, der „Habenseite“, was die politischen Folgen der Individualisierung angeht, steht eine erhebliche Ausweitung des Engagements und der Verantwortung, die in den vergangenen Jahrzehnten überhaupt nur durch diese Individualisierung möglich geworden ist. Das beginnt schon mit einer bahnbrechenden Entwicklung, die wir manchmal allzu leicht übersehen: Obwohl Frauen in Österreich wie in Deutschland schon 1918/19 das Wahlrecht erhielten, sind sie erst seit den 1970er-Jahren recht eigentlich Teil der politischen Gesellschaft geworden. Bis dahin war Politik, von Ausnahmen und besonderen weiblichen Sphären etwa in der Sozialpolitik abgesehen, „Männersache“. *Er* durfte politisieren, *sie* kümmerte sich um Haushalt und Kinder. Der Weg in dieses neue Engagement, in diese Emanzipation – hier scheint mir der etwas schal gewordene Begriff wirklich angebracht – führte häufig nicht über die klassischen politischen Organisationen, sondern über Proteste und soziale Bewegungen.

In diesen Formen hat seitdem überhaupt politische Verantwortung neue Betätigungsfelder gefunden. Man mochte nicht mehr Mitglied einer politischen Partei werden, aber das hieß noch nicht, unpolitisch zu werden. Nicht selten war und ist ja das Gegenteil der Fall: Die Beteiligung an Wahlen, die Bestimmung politischer Repräsentanten auf Zeit, genügt nicht mehr; zu jeder Zeit und in jeder Sache wollen die Bürgerinnen und Bürgern Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen, sei es in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld oder weit darüber hinaus. Sie gründeten Bürgerinitiativen, besetzten Plätze und marschierten auf Demonstrationen. Nicht nur *wie* Politik betrieben werden sollte, sondern auch *was* Politik sein könnte, wurde neu und weiter interpretiert, wie in dem berühmten Slogan der Frauenbewegung: „Das Private ist politisch.“ Neben die klassische, die organisierte, die repräsentative Demokratie trat ein neuer Horizont des Engagements, der häufig als „partizipatorische Demokratie“ bezeichnet wird, im Sinne einer unmittelbaren Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern auch jenseits der klassischen Hauptachse „Partei – Wahl – Parlament“. Die Leitfrage dabei lautete immer wieder: Was spricht mich an? Was betrifft mich, und was macht mich betroffen? – mich ganz persönlich, nicht als Angehörige/r einer politisch-sozialen „Säule“, eines Kollektivs, das durch Elternhaus und Milieu geprägt wird.

Diese neuen Formen des Engagements sind nun ihrerseits kein Anlass, in schiere Euphorie auszubrechen, denn sie bringen so manche Schattenseiten mit sich. U. a. kann man fragen, ob in ihnen politisches Handeln mit der Übernahme politischer Verantwortung, in einem institutionellen wie in einem ethischen Sinne, einhergeht. Oder man kann, nein muss beklagen, dass die neuen Engagementformen vor allem eine Arena für die Bessergebildeten, für die Mittelschichten sind, während die einfachen Leute, die Arbeiterschichten, die „Bildungsfernen“, wie man seit einiger Zeit sagt, sich damit schwer tun und unter dem Verlust der klassischen Organisationsformen insofern viel mehr leiden. Dieses Spannungsverhältnis, diese soziale Schere müssen wir auch in Zukunft genau im Blick haben und wieder ein Stück zu schließen versuchen. – Aber andererseits: Ein allzu einseitig düsteres Bild lässt sich fairerweise nicht zeichnen, was die Transformation politischen Handelns in der individualisierten, entkorporierten Gesellschaft des frühen 21. Jahrhunderts betrifft.

Insbesondere scheint mir der häufig pauschal unterstellte Verdacht einer allgemeinen „Entpolitisierung“ nicht zutreffend; präziser gesagt: In der empirischen Forschung finden sich keine Belege dafür. Das politische Interesse hat in langer Perspektive nicht nachgelassen, auch wenn der unpolitische Konsum – von Unterhaltungsmedien und digitalem Trash bis zu esoterischen Körperpraktiken – zugenommen hat. Manchmal „amüsieren wir uns zu Tode“, wie der amerikanische Medienwissenschaftler und Fernsehkritiker Neil Postman schon vor fast dreißig Jahren, vor der Ära des Internets, hellsichtig diagnostiziert hat. Aber die neuen Medien haben zugleich den Zugang zu politischen Informationen erleichtert, haben Menschen politisiert und für demokratische Veränderungen mobilisiert, längst nicht mehr nur in den westlichen Ländern, sondern auch in den „Facebook“- und „Twitter“-Revolutionen der arabischen Welt. Dort kann man übrigens gut verfolgen, wie diese neuen Medien und Vernetzungsformen der sozialen Bewegungen eine problemlose Symbiose mit dem institutionellen Arsenal der klassischen Demokratie eingehen, statt es leugnen oder überwinden zu wollen. Denn der Kampf geht um etwas, dessen wir im Westen manchmal schon überdrüssig zu werden drohen: um freie Wahlen, um ein Parlament, um die Zulassung politischer Parteien, um eine rechtsstaatliche Verfassungsordnung. Auch das könnte uns gelegentlich zu denken geben.

Aber nicht nur die Formen des politischen Engagements haben sich in den letzten Jahrzehnten gewandelt. Auch seine Ziele und Motivationen entsprechen inzwischen nur noch teilweise dem, was wir als Modell der demokratischen Interessenvertretung gelernt haben. Dieses klassische Modell, ich möchte es das liberale Marktmodell nennen, entstammt dem 18. Jahrhundert, z. B. den amerikanischen „Federalist Papers“, und wurde nach dem Zweiten Weltkrieg erneut bekräftigt. Es funktioniert ungefähr so: In einer komplexen Gesellschaft haben Menschen unterschiedliche Interessen, je nach ihrer sozialen Stellung, ihrem Beruf und den damit korrespondierenden ideologischen Überzeugungen. Als Kaufmann werde ich andere Interessen haben als ein Arbeiter, als Bauer andere als ein Handwerksmeister. Mit ungefähr Gleichgestellten und Gleichgesinnten tut man sich zusammen, am besten in einer Partei, und versucht, von den eigenen Interessen möglichst viel auf dem politischen Marktplatz, den die Repräsentation, das Parlament bietet, durchzusetzen. Politische Verantwortung entsteht im Pluralismus der Eigeninteressen. Das klassische liberale Modell kann dabei sogar auf den Gedanken einer höheren Verantwortung für das „Gemeinwohl“, dem sich alle jenseits ihrer Einzelinteressen verpflichtet fühlen müssten, verzichten.

Nach den Überlegungen von vorhin ahnen Sie schon, dass dieses klassische Modell immer schlechter funktioniert. Die kollektiven Sozialformationen, auch wenn sie in Österreich besonders lange konserviert wurden, lösen sich auf. Aus einer Gesellschaft der Berufe, der „Produzenten“ und ihrer Interessen ist eine der Individuen und der Konsumenten geworden. Interessen sind diffuser, und manches unmittelbare Interesse, das sich aus krasser Not und Ungerechtigkeit ableitete wie in den Anfängen der Arbeiterbewegung, ist inzwischen ziemlich saturiert. Auch das muss keine schlechte Nachricht sein. Vor allem seit den 1970er-Jahren sind dadurch sogar Freiräume für ein neues Engagement entstanden, konnten neue, erweiterte Formen politischer Verantwortung eingeübt werden. Pointiert gesagt: An die Stelle der Eigeninteressen ist nicht selten das Engagement für andere, für Dritte getreten, vor allem für solche, die keine Stimme haben oder auf dem politischen Marktplatz kein Gehör finden können. Denken Sie an die Dritte-Welt-Bewegung und die Menschenrechtsinitiativen, die damals in den westlichen Ländern entstanden sind, auch an die Umweltbewegung: Voller Idealismus

begannen sich viele, nicht zuletzt junge Menschen für etwas einzusetzen, von dem sie selber unmittelbar gar nichts hatten.

Dieses, wie man oft sagt, „anwaltschaftliche“ Engagement hat die Demokratie der Eigeninteressen überlagert und ergänzt. Es ruht ganz wesentlich auf den Voraussetzungen einer individualisierten Gesellschaft und hat einer Kultur der politischen Verantwortlichkeit neue Impulse gegeben. In den vergangenen Jahren hat sich dieser Gedanke zunehmend – nicht nur aus „grüner“, sondern auch aus „schwarzer“ Richtung – auf die generationelle Nachhaltigkeit gerichtet, im Blick auf die natürlichen Lebensgrundlagen ebenso wie auf die „sustainability“ der öffentlichen Haushalte und der Sozialsysteme angesichts des demografischen Wandels. Die Frage ist dann nicht: Wie kann ich selber heute mehr bekommen?, sondern: Worauf muss ich heute eventuell sogar verzichten, damit die Menschen in dreißig oder fünfzig Jahren noch sicher und gut leben können? Dieser Gedanke allerdings setzt die Überwindung eines radikalen Individualismus voraus, jedenfalls eines hedonistischen Egozentrismus des Hier und Jetzt – „nach mir die Sintflut“. Tatsächlich ist seit einiger Zeit das Pendel des Zeitgeists wieder ein Stück in die andere Richtung geschwungen, vom reinen Individualismus zu einer neuen Suche nach gemeinschaftlicher Verantwortung.

Gleichzeitig beobachten wir jedoch, wie ein anderes Pendel von der Idee des anwaltschaftlichen Engagements für Dritte zurückschlägt in die Richtung der Eigeninteressen. Nicht im Sinne einer Rückkehr zum alten Modell der beruflich-korporativen Interessenvertretung oder der großen ideologischen Systeme – dafür sind die gesellschaftlichen Grundlagen schlicht nicht mehr vorhanden. Das neue Stichwort heißt vielmehr „Betroffenheit“: Eine drohende Veränderung, eine politische Entscheidung betrifft mein unmittelbares Lebensumfeld, und dagegen setze ich mich zur Wehr. Vielleicht geht es um den Bau einer neuen Straße oder Eisenbahntrasse oder um eine Kindertagesstätte oder ein Asylbewerberheim in meinem Stadtviertel oder Dorf. In Deutschland hat dieses neue Engagement aus persönlicher Betroffenheit in den letzten Jahren für viel Furore gesorgt; denken Sie nur an das Städtebau- und Bahnprojekt „Stuttgart 21“ und die viel zitierten „Wutbürger“.

Allerdings ist dann auch häufiger eingewandt worden, Wut und Empörung, eine „Antihaltung“ allein reichten nicht aus. Wie wird aus Protest, aus Opposition, aus „Neinsagen“ Handeln in politischer Verantwortung? Und artikuliert sich unter dem Deckmantel des demokratisch-partizipativen Bürgerprotests nicht häufig eine St. Florians-Mentalität, nach der die Lasten und Nachteile bestimmter Gemeingüter bitte schön irgendwo anders, aber nicht gerade in der Nähe meines eigenen Grundstücks abgeladen werden sollten? Dieses Dilemma ist auch anderswo bekannt; die Amerikaner sprechen sehr schön von „Nimby-Politik“: „not in my backyard“. Die Grenzen zum verantwortlichen oder anwaltschaftlichen Engagement sind oft schwer zu ziehen, zumal sich der neue Betroffenheitsprotest häufig, gerade im Streit um größere Infrastrukturproteste, den Mantel ökologischer Besorgnis umhängt.

Die neuen Protestkulturen der individualisierten Gesellschaften werfen noch ein weiteres Problem auf, das mit politischer Verantwortung in engstem Zusammenhang steht. Im Streit über Flugrouten und Fluglärmelastung konnte man vor einiger Zeit auf Berliner Plakaten den doppelsinnigen Slogan lesen: „Nicht über unsere Köpfe hinweg!“ Auch anderen Protestbewegungen der jüngsten Zeit liegt ein ähnliches Gefühl zugrunde, nicht zuletzt der „Occupy“-Bewegung mit ihrem Appell an die vermeintlich vernachlässigten Interessen der „99 Prozent“: Die Regierenden, die doch eigentlich die gewählten Repräsentanten der Bevölkerung sind, vertreten ihre Wähler nicht mehr. Sie haben sich bestenfalls als politische Klasse von den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung abgekoppelt; im schlimmeren Fall verraten, ja verkaufen sie diese Interessen an Unternehmen, Lobbygruppen, kleine, aber mächtige Elitenzirkel, an die Banken und überhaupt an „den Kapitalismus“.

Meines Erachtens stecken darin gefährliche Illusionen, nicht zuletzt die Gefahr dessen, was ich einen neuen „Rousseauismus von unten“ nennen möchte: Eigentlich haben wir gelernt, gegenüber der Rousseau'schen Vision von der „volonté générale“, dem objektiven Allgemeinwillen des Volks, skeptisch zu sein; zu oft ist diese Vision von linken und rechten Diktaturen missbraucht worden. Und nun soll es dieses objektive Gemeinwohl, in dem praktisch alle Menschen außer ein paar kleinen, korrupten Eliten in Interessenidentität vereint sind, plötzlich wieder geben? Das ist umso bedenklicher, als es zugleich Ausdruck einer fragwürdigen moralisierten Richtigkeitskultur ist:

Unterstellt wird nämlich, es könne eigentlich nur eine richtige, und zwar vernünftige und moralisch angemessene, Lösung für bestimmte Fragen geben. Wer andere, auch kompliziertere Antworten vorschlägt, macht sich verdächtig. Politische Verantwortlichkeit kann aus einer solchen Haltung schwer entstehen, und vielleicht ist das ein Grund dafür, dass man von der „Occupy“-Bewegung nicht mehr so sehr viel hört.

Dennoch sind die Gefühle und Ängste, die im „Nicht über unsere Köpfe hinweg“ zum Ausdruck kommen, sehr ernst zu nehmen. Das Verhältnis zwischen Politik und Volk ist gestört, und in besonderem Maße auch das Verhältnis zwischen dem Volk und den Unternehmen in der Marktwirtschaft. Wie kann Vertrauen in Institutionen erhalten oder neu geschaffen werden – z. B. in Wahlen, in das Parlament oder in die Rechtskultur – in einem individualistisch-nachinstitutionellen Zeitalter, das der „Betroffenheit“ und der „Bewegung“ oft den Vorzug vor den Institutionen gibt? Warum werden Volksvertreter gewählt, aber im nächsten Moment als ferne Kaste, als „die da oben“ wahrgenommen, als seien wir in die vorkonstitutionellen Zustände des 19. Jahrhunderts zurückgekehrt? Darin liegt die Herausforderung, nicht zuletzt die Kommunikationsaufgabe für die Politik.

Die Unternehmen der Wirtschaft und ihre verantwortlichen Führer müssen sich ähnliche Fragen stellen: Warum wird die Vertretung von Interessen – das, worauf das klassische Demokratiemodell ja im Kern beruhte – häufig als purer Lobbyismus denunziert, dem die „guten“ Interessen des Volks gegenüberstehen? Die Wirtschaft, die Unternehmen müssen lernen, sich auf die neuen Wahrnehmungs- und Diskussionslagen einzustellen, die dem älteren, z. B. marxistischen Antikapitalismus ja nur noch in den seltensten Fällen entsprechen. Sie dürfen sich nicht in die Defensive drängen lassen und müssen auf dem neuen politischen Markt der Ängste und Betroffenheiten anders auftreten, anders kommunizieren, nicht zuletzt den Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürger, einschließlich der Protestbewegungen, suchen.

Aber wie man es auch dreht und wendet – zur „guten alten Zeit“ führt kein Weg zurück. Das Rad der gesellschaftlichen Entwicklung lässt sich nicht mehr in die vorindividualistische Ära der Nachkriegsjahrzehnte zurückdrehen. Und trotz mancher Vorzüge, die diese versäulte, ständisch-korporatistische

Gesellschaftsverfassung hatte, würden wir die Gewinne des Individualismus seit den 1970er-Jahren doch überwiegend nicht mehr missen wollen. Das Gleiche gilt für die Mechanismen politischer Partizipation und Verantwortung. Die Formen der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger sind vielfältiger, individueller, flüssiger geworden. Die klassische, nationalstaatlich gerahmte repräsentative Demokratie hat einer „Mehrebenendemokratie“ Platz gemacht. Das gilt in mindestens zweifacher Hinsicht: Neben Wahlen und Parlament sind, erstens, andere Mechanismen der Artikulation und der Willensbildung getreten. Die direkte Demokratie ist, z. B. in Deutschland, auf dem Vormarsch: in Volksbegehren und Volksentscheiden in Kommunen und Ländern. Die verschiedenen Formen der Bürgerbeteiligung, der direkten und partizipativen Demokratie verändern auch die Rolle des Parlaments und der Abgeordneten: Sie finden sich immer häufiger in einer Art Moderatorenfunktion wieder; sie müssen die Bälle des gesellschaftlichen Diskurses aufnehmen, was auch neue Kommunikationsanforderungen stellt.

Weiterhin ist die Bedeutung der Justiz von Gerichtsentscheidungen in der demokratischen Willensbildung und Entscheidungsfindung gewachsen: Bürgerinnen und Bürger appellieren an Gerichte, nicht zuletzt in der vorhin erwähnten persönlichen „Betroffenheit“, wo sie sich früher mit ihren Beschwerden und Petitionen an das Parlament gewandt hätten. Gerichte wie das deutsche Bundesverfassungsgericht nehmen Parlament und Regierung Entscheidungen ab, was diese ein bisschen stört, aber manchmal auch ganz bequem ist. Denn es entlastet von – Verantwortung, im Sinne einer politischen Haftung für die Folgen der Entscheidungen. Das berührt ein Grundproblem der neuen, postparlamentarischen Politik: Wer trägt in ihr Verantwortung im Sinne eines Einstehens für die Folgen; wo also ist Verantwortung im Sinne von „accountability“, von Zurechenbarkeit, angesiedelt? Denn Verantwortung zu übernehmen im Sinne der englischen „responsibility“, daran mangelt es auch in der individualisierten Gesellschaft weniger, aber die zweite Seite der Verantwortlichkeit droht manchmal im Nebel zu verschwinden.

Das gilt auch für eine zweite Dimension der „Mehrebenendemokratie“, nämlich die Entgrenzung der nationalstaatlichen Souveränität im Übergang zu verschiedenen Formen der internationalen Governance. Dabei steht für uns die europäische Integration, die Europäische Union an erster Stelle. Früher haben

wir uns gerne vorgestellt, Europa würde so etwas wie ein vergrößerter Nationalstaat werden, in einem Souveränitätstransfer auf die nächsthöhere Ebene. So ähnlich stellte man sich in der Nachkriegszeit auch die künftige „Weltregierung“, eine „Weltdemokratie“ vor – die ganze Welt zu einem einzigen Staatswesen geeint, ohne dass sich an dem vertrauten Regelwerk: ein klar definiertes Wahlvolk, ein Parlament, eine Regierung, etwas ändern würde. Inzwischen wissen wir, dass europäische Demokratie und globale Governance dauerhaft anders funktionieren werden als der Nationalstaat. Das kann man sagen, auch wenn man – wie ich das tue – dem Europäischen Parlament mehr Rechte wünscht, auch klassisch-parlamentarische wie ein Budgetrecht und eine aus seinen Mehrheitsfraktionen gebildete Regierung. Denn politische Verantwortung wurzelt immer auch in klaren Zuständigkeiten, in Zurechenbarkeiten des Handelns, die für die Bürgerinnen und Bürger deutlich erkennbar sind.

Ich komme zum Schluss. Ich fürchte, dass meine Betrachtung zur politischen Verantwortung in der individualisierten Gesellschaft nicht die plakative Einfachheit hatte, die man nach einer solchen Veranstaltung gerne mit nach Hause nähme. Aber einfacher ist die komplizierte Wirklichkeit nicht zu haben, und nichts ist schlimmer als geniale Vereinfacher mit ihren vermeintlichen Patentrezepten, egal ob es sich dabei um populistische Politiker oder um allzu selbstgewisse Intellektuelle handelt. Aber ich will Sie am Ende etwas zu versöhnen versuchen und formuliere deshalb, sehr knapp und pointiert, einige Antworten auf die Frage: Was können wir angesichts dieser Situation denn tun? Wie gehen wir mit den komplizierten Konstellationen von Gesellschaft und Politik um?

Erstens: Keine Angst vor Veränderung! Ein krampfhaftes Festhalten an den Mustern der alten, vorindividualistischen Politik führt nicht weiter, ebenso wenig wie das Klagen über ein Verschwinden vermeintlich besserer Zeiten. Besser ist es, den historischen Wandel rechtzeitig zu erkennen und zu versuchen, ihn zu gestalten.

Zweitens: Am Wandel teilhaben: Die etablierten Institutionen haben sich nicht rundweg überlebt. Aber sie müssen mit neuen Inhalten, mit neuem Leben gefüllt werden. Politische Parteien, Gewerkschaften, Unternehmensverbände,

selbst die Kirchen: Sie können sich von Pfeilern des alten politischen Korporatismus in Akteure der Zivilgesellschaft verwandeln. Sie können den gesellschaftlichen Bewegungen und Partizipationswünschen der Bürgerinnen und Bürger Ausdruck verleihen und als Teil einer dynamischen deliberativen Demokratie Jugendlichkeit zurückgewinnen.

Drittens: Denn trotz des großen Trends zur Entorganisierung, zur Individualisierung, zur „Entförmlichung“ von Gesellschaft und Politik: Zur Gestaltung der Welt, zur politischen Verantwortung wird auch in Zukunft das berechenbare Mittun gehören, im Idealfall sogar die Mitgliedschaft. „Blessed Are the Organized“, gesegnet sind die Organisierten, so hat vor einigen Jahren ein amerikanischer Politikwissenschaftler sein Buch über die Bedeutung der Organisationskultur auch unter den neuen, fluiden und individualisierten Bedingungen genannt. Man könnte auch schlicht sagen: Kommuniziert miteinander, vernetzt euch und seid dabei verlässlich statt flüchtig. Nur wer auch am nächsten Tag noch da ist, kann letztlich etwas bewirken und übernimmt im tieferen Sinne Verantwortung.

Viertens: Das Mitmachen will gelernt sein, und dabei können beide Seiten voneinander lernen: die Älteren von den Jüngeren und umgekehrt. Aber angesichts des demografischen Wandels scheint es fast wichtiger, an die vorbehaltlose Einbeziehung der jüngeren Generation zu erinnern. Einen Mangel an politischem Interesse, an Verantwortungsbereitschaft kann ich in ihr nicht erkennen. Aber sie möchte wissen, warum politische Verantwortung wichtig ist – und sie dann in neuen Kommunikationsformen ausprobieren. Dazu wird sich auch die politische Bildung verändern müssen, nicht nur in der Schule. Nicht um das Erlernen von Institutionen geht es zuerst, sondern um das Lernen von Engagement, von Begeisterung für die öffentliche Sache.

Fünftens: Streitkultur statt Konsens: Eine politische Kultur des Engagements braucht klare Positionen, und sie braucht den offenen Streit über unterschiedliche Ansichten und Lösungswege. Die alten „Ideologiesäulen“ stellen diese Positionen nicht mehr so wie früher zur Verfügung, als man sich stets darauf verlassen konnte, dass die Roten das Gegenteil der Schwarzen wollen und umgekehrt. Die Zonen des Konsenses und der pragmatischen Politik sind gewachsen, und das ist keineswegs nur schlecht. Aber die

großkoalitionäre Kultur Deutschlands und Österreichs wirkt auf Dauer einschläfernd und begünstigt Populisten an den politischen Rändern. Und das Vakuum des politischen Streits füllt sich allzu leicht mit Pseudodebatten, die aus einer medialen Erregungskultur genährt werden. Hüten wir uns vor der Ansicht, es gebe eigentlich nur die eine richtige Lösung: *die* von den Experten empfohlene – *die* sozial gerechte – *die* nachhaltige. Demokratie bleibt der Streit um unterschiedliche Positionen mit offenem Ausgang.

Sechstens: Politik sollte mit Lust, mit Freude, mit Begeisterung gestaltet werden. Wenn die moderne Welt des Individualismus sich in Konsum und Freizeit als eine „Spaßgesellschaft“ wohlfühlt, muss das noch kein Grund sein, Politik als ernste und sauertöpfische Gegenwelt zu inszenieren, in der man zum Lachen in den Keller geht. Wenn wir Wahlkämpfe führen und wählen gehen, sollte das ein Fest der Demokratie sein und nicht wie eine Trauerzeremonie aussehen. Das ist eine Kommunikationsaufgabe, vor allem aber eine Sache der inneren Einstellung.

Wenn wir diesen Weg gehen können, hat politische Verantwortung auch in einer individualisierten Gesellschaft eine große Zukunft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!